



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

49/2013 06.12.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Lorenz E. Riegler

Wiener Bauordnung

Der Praxiskommentar „Bauordnung für Wien“ enthält den Text der Wiener Bauordnung zum Stand vom 1. Jänner 2010 samt den jüngeren Materialien, jüngerer Literatur in Leitsätzen sowie ausgewählten Anmerkungen für die Praxis, dazu der Durchführungsverordnungen und Nebenbestimmungen.

60,- EUR, 2. Auflage, 550 Seiten, Weicheinband, broschiert, Stand: 01.01.2010, ISBN 978-3-99008-026-9.

Zu beziehen u.a. über www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 396/2013

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Höchstzinssatzverordnung** geändert wird

BGBI II 397/2013

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Gewinnbeteiligungs-Verordnung** (GBVVU) geändert wird

BGBI II 398/2013

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Aktuarsberichtsverordnung** geändert wird

BGBI II 403/2013

Verordnung der Bundesregierung, mit der die **Bundes-Kommissionsgebührenverordnung 2007** geändert wird

BGBI II 407/2013

Verordnung des Bundeskanzlers über die Festsetzung der Pauschalvergütung des Bundes für die Leistungen der Rechtsanwälte im Rahmen der Verfahrenshilfe vor den unabhängigen Verwaltungssenaten (**Pauschalvergütungsverordnung UVS-Verfahren – UVS-PauschVgtV**)

[BGBl II 408/2013](#)

Verordnung des Bundeskanzlers über die Festsetzung der Pauschalvergütung des Bundes für die Leistungen der Rechtsanwälte im Rahmen der Verfahrenshilfe vor den Verwaltungsgerichten (**Pauschalvergütungsverordnung Verwaltungsgerichte** – VwG-PauschVgtV)

[BGBl II 409/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Kapitalanlageverordnung** geändert wird

[BGBl II 410/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Verordnung über Analysemethoden für die Überwachung der Reinheitskriterien bestimmter Zusatzstoffe (**Zusatzstoff-Analysenverordnung**) aufgehoben wird

[BGBl II 412/2013](#)

Kundmachung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betreffend das **Verzeichnis von Normen für die allgemeine Sicherheit von Verbraucherprodukten**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 321 v 30.11.2013, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 1202/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1215/2009 des Rates hinsichtlich der **Zollkontingente** für Wein

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2013, [B 925/2013](#)

GaswirtschaftsG 2011; Zurückweisung einer Beschwerde gegen die Genehmigung der **Änderung der langfristigen Planung für Verteilerleitungsanlagen** nach dem GaswirtschaftsG 2011 mangels Legitimation; fehlende Parteistellung der beschwerdeführenden Gesellschaft im Verwaltungsverfahren

21.11.2013, [B 954/2013](#)

KraftfahrG; StraßenverkehrsO; VStG; Verletzung im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** vor einem Tribunal durch Abweisung der Berufung gegen die Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung und Nichtbeantwortung der Lenkeranfrage infolge Unterlassung der Durchführung einer Berufungsverhandlung

21.11.2013, [U 76/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags der Beschwerdeführerin auf internationalen Schutz und Ausweisung nach China infolge **grober Begründungsmängel** der ausschließlich auf die Unglaubwürdigkeit der Beschwerdeführerin gestützten **Würdigung durch den Asylgerichtshof**

21.11.2013, [U 1900/2013](#)

AsylG 1997; AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags eines staatenlosen Palästinensers und Ausweisung nach Jordanien wegen objektiver Willkür infolge Unterlassung der Prüfung eines etwaigen **Vorliegens des „ipso facto“-Schutzes** der Statusrichtlinie

25.11.2013, [G 76/2013, V 53/2013](#)

Beamten-DienstrechtsG 1979; Verstoß von Bestimmungen des BDG 1979 über **die Einrichtung einer Leistungsfeststellungskommission bei der obersten Dienstbehörde** gegen die verfassungsgesetzliche Regelung über die Einrichtung von Qualifikationskommissionen bei jedem Landesschulrat für den Bereich der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer; Aufhebung einer Verordnung des Vorsitzenden der Leistungsfeststellungskommission beim Landesschulrat für Steiermark für Bundeslehrer über die Bildung der Senate wegen gesetzwidriger Kundmachung

27.11.2013, [B 1129/2013, G 100/2013, V 63/2013](#)

WirtschaftskammerG 1998; Zurückweisung der Beschwerde gegen einen Beschluss des Erweiterten Präsidiums der Bundeskammer betreffend die **Zusammenführung des Fachverbandes der Gießereindustrie mit dem Fachverband Maschinen und Metallwaren** mangels Bescheidcharakters der angefochtenen Erledigung; Zurückweisung auch der Eventualanträge auf Verordnungs- und Gesetzesprüfung mangels eines tauglichen Prüfungsgegenstandes bzw mangels rechtlicher Betroffenheit der Einschreiter

B. Verwaltungsgerichtshof

22.10.2013, [2010/10/0048](#)

UniversitätsG; Abweisung eines Antrags auf **Verleihung der Lehrbefugnis** für das künstlerische Fach „Klavier“; da sich die Rechtslage zwischen der Entscheidung der Habilitationskommission und der Erlassung des Bescheides geändert hat (und es an entsprechenden Übergangsbestimmungen mangelt), ergibt sich daraus als Konsequenz, dass das Rektorat zu prüfen hat, ob die Entscheidung der Habilitationskommission (auch) in den geänderten Bestimmungen (noch) eine tragfähige Grundlage findet; die Habilitationskommission kann – auch im Lichte des § 103 Abs 2 UniversitätsG – die didaktischen Fähigkeiten der Bf anhand der dort beispielhaft genannten Kriterien bzw mittels einer **Lehrprobe und/oder eines Fachgesprächs** feststellen

23.10.2013, [2010/03/0175](#)

TelekommunikationsG; Feststellung einer beträchtlichen **Marktmacht eines Marktteilnehmers**; Verpflichtung zum **Weiterverkauf der Anschlussleistung**; bei der Änderung bestehender Verpflichtungen bedarf es keiner besonderen „Übergangsfrist“; keine ausreichende Auseinandersetzung mit dem seitens der Bf wie auch der Europäischen Kommission erhobenen Einwand, es fehle an der technischen und wirtschaftlichen Gleichwertigkeit von **VoB-Diensten und dem klassischen Telefonnetz**

23.10.2013, [2012/03/0083](#)

AVG; auch der Zweitbeschwerdeführer, der behauptet, die verfahrensgegenständliche Berufung sei ihm zuzurechnen, kann durch den angefochtenen Bescheid, in dem die Berufung dem Erstbeschwerdeführer zugerechnet wurde, in einem subjektiv-öffentlichen Recht verletzt sein; wem **eine Eingabe zuzurechnen** ist, hat sich am äußeren Tatbestand zu orientieren; besteht kein Zweifel, wem die Eingabe zuzurechnen ist, bedarf es keiner weiteren Ermittlungen iSd § 37 AVG noch eines Verbesserungsauftrages iSd § 13 Abs 3 leg cit

23.10.2013, [2012/03/0102](#)

Luftverkehrsbetreiberzeugnis-VO 2008; die belangte Behörde war in dem den Bf betreffenden Verwaltungsstrafverfahren dazu gehalten, § 3 Abs 2 Z 2 Luftverkehrsbetreiberzeugnis-VO 2008 zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung nicht gegenüber dem Bf anzuwenden; der VfGH übersieht dabei nicht, dass der VfGH (VfSlg 19.512/2011) aussprach, dass die Aufhebung des § 3 Abs 2 zweiter Satz AOCV 2008 (erst) mit Ablauf des 31.03.2012 in Kraft trat; die belangte Behörde hat

diejenigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften beiseite zu lassen, die unter Umständen ein **Hindernis für die volle Wirksamkeit der unmittelbar geltenden Normen des Unionsrechts** bilden

24.10.2013, [2013/07/0151](#)

AVG; ein „**Erschleichen**“ eines **Bescheids** liegt nur dann vor, wenn bei der Behörde von der Partei objektiv unrichtige Angaben von wesentlicher Bedeutung mit Irreführungsabsicht gemacht wurden und dann dem Bescheid zugrunde gelegt worden sind; das Verschweigen wesentlicher Umstände ist dem Vorbringen unrichtiger Angaben gleichzusetzen; für die **Wirksamkeit einer tatsächlich gesetzten Prozesshandlung** sind die dieser zugrunde liegenden Absichten, Motive oder Beweggründe unerheblich, solange keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Partei dazu durch die Behörde durch Druck, Zwang oder Drohung bewegt wurde

06.11.2013, [2010/05/0072](#)

NÖ BauO; die Rechtmäßigkeit der gegenständlichen Bausperre hängt nicht von der Zulässigkeit der Änderungsabsichten ab; das Baugrundstück lag zum Entscheidungszeitpunkt der Berufungsbehörde zur Gänze in der dort festgelegten **gelben Gefahrenzone** und war damit von der Bausperre erfasst; allfällige, **im Raum stehende zukünftige Änderungen des Gefahrenzonenplanes** durften die Behörden mangels rechtsverbindlicher Anordnung einer Planänderung nicht berücksichtigen; ausgehend von den Zielvorstellungen der mitbeteiligten Gemeinde für die Erlassung des Bebauungsplanes, welche zur Verhängung der hier anzuwendenden Bausperre geführt haben, bedurfte es seitens der belangten Behörde keiner weiteren Begründung

06.11.2013, [2010/05/0196](#)

NÖ BauO; div Einwendungen eines Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; die Gebäudehöhe der projektierten Garage überschreitet 3 m nicht, weshalb keine weitere **Prüfung einer allfälligen Beeinträchtigung des freien Lichteinfalls** unter 45 Grad vorzunehmen war; behauptete Geländeanschlüpfung findet im Einreichplan keine Deckung; zur Feststellung nicht entscheidungswesentlicher Sachverhalte, wie beispielsweise der Höhenlage der gegenständlichen Garage in Bezug auf das Wohnhaus der Bauwerberin und der Bauweisen der benachbarten Liegenschaften, ist die Behörde nicht verpflichtet

06.11.2013, [2010/05/0199](#)

Oö. BautechnikG; div Einwendungen eines Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; Garagen können auch Nebenräume enthalten, die zur Aufnahme von dem Betrieb der abgestellten Kraftfahrzeuge dienenden Bestandteilen und Geräten sowie von Gartengeräten bestimmt sind; maßgeblich für die **Unzulässigkeit einer Änderung** ist, ob es sich nach der Änderung um eine andere Sache handelt, was im vorliegenden Fall nicht angenommen werden kann, da das Bauvorhaben nach wie vor Änderungen bzw Erweiterungen am Wohnhaus und Zubauten durch eine Garage, noch dazu im ursprünglichen Ausmaß, zum Gegenstand hat; es besteht kein Nachbarrecht darauf, dass die Pläne und Einreichunterlagen in jeder Hinsicht dem Gesetz entsprechen

06.11.2013, [2011/05/0007](#)

Oö. BauO; div Einwendungen eines Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; dem Nachbarn steht ein **subjektives Recht** auf Einhaltung der Gebäudehöhe **nur für die seiner Liegenschaft zugekehrte Front des Bauvorhabens** zu; in Bezug auf das Orts- und Landschaftsbild bestehen keine subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte

06.11.2013, [2011/05/0149](#)

Oö. BauO; Auftrag zur Beseitigung eines gesamten Geschoßes aufgrund eines **konsenslos errichteten Zubaus**; aufgrund der Unteilbarkeit hat auch der konsensmäßig vorhandene Bestand durch den konsenslosen Neubestand seinen Konsens verloren; bei einem einheitlichen Bauwerk ist somit grundsätzlich der **gesamte Bau Gegenstand des baupolizeilichen Auftrags**

06.11.2013, [2011/05/0175](#)

Oö. RaumordnungsG; das gegenständliche Bauprojekt betrifft ausschließlich Wohnhäuser und umfasst keinen Beherbergungsbetrieb; es scheidet daher von vornherein aus, dass es sich um eine **unzulässige Stückelung eines Beherber-**

gungsbetriebsprojektes handelt; eine **UVP-Pflicht für eine Wohnhausanlage** scheidet aus, zumal nicht angenommen werden kann, dass von einer Wohnhausanlage erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind

06.11.2013, [2011/05/0191](#)

Oö. BauO; eine ersatzlose Behebung eines auf § 25a Oö. BauO gestützten erstinstanzlichen Untersagungsbescheides durch die Berufungsbehörde kann die Bf nicht in den von ihnen geltend gemachten subjektiv-öffentlichen Rechten verletzen, weil eine „positive“ **Entscheidung über die Bauanzeige nicht in Betracht kommt**

06.11.2013, [2011/05/0200](#)

Oö. BauO; wird die **Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der Sachverständigenäußerung** zutreffend in Frage gestellt, ist es nicht nötig, den Darlegungen des SV auf gleicher fachlicher Ebene entgegenzutreten; der Vorstellungsbehörde kann nicht mit Erfolg entgegengetreten werden, wenn sie ihrerseits selbst keine ergänzenden Ermittlungen durchgeführt hat und angesichts eines wesentlichen Verfahrensmangels mit der Aufhebung des gemeindebehördlichen Bescheides vorgegangen ist

06.11.2013, [2013/05/0033](#)

ZustellG; die Behörde hat vor der **Zurückweisung eines Rechtsmittels als verspätet** – wenn Umstände auf einen Zustellmangel hinweisen – entweder von Amts wegen zu prüfen, ob ein solcher Mangel unterlaufen ist, oder dem Rechtsmittelwerber die Verspätung seines Rechtsmittels vorzuhalten; unterlässt die Behörde dies, kann der Zustellmangel ohne Verstoß gegen das Neuerungsverbot in einer Beschwerde an den VwGH geltend gemacht werden; die belangte Behörde hat dem Bf vor Erlassung des angefochtenen Bescheides keine Gelegenheit gegeben, die Vermutung des Zeitpunktes der Zustellung zu widerlegen, und ihm ihre Annahme der Versäumung der Berufungsfrist nicht vorgehalten

06.11.2013, [2013/05/0100](#)

Oö. RaumordnungsG; die einen Immissionsschutz geltend machenden Einwendungen der Nachbarn sind nur insoweit zu berücksichtigen, als sie die Frage der **Zulässigkeit der Betriebstype** in der gegebenen Widmungskategorie betreffen; für das Bauverfahren ist nicht von Belang, ob die gegenständliche Betriebstype nach dem zum Zeitpunkt der gewerbebehördlichen Genehmigung maßgebenden Flächenwidmungsplan zulässig gewesen wäre; im gewerberechtlichen Genehmigungsverfahren kommt es im Rahmen der Immissionsprüfung nicht auf die laut Flächenwidmungsplan zulässige Betriebstype, sondern auf die vom konkreten Gewerbebetrieb ausgehenden Belästigungen an

07.11.2013, [2010/06/0255](#)

Sbg OrtsbildschutzG; Untersagung der **Aufstellung von Zeitungsentnahmeboxen**; die Würdigung des Sachverständigengutachtens durch die Behörden, dass die Zeitungsentnahmebox am geplanten Standort geeignet sei, das Ortsbild zu stören erfolgte schlüssig und nachvollziehbar; kein Entgegenreten auf gleicher fachlicher Ebene

07.11.2013, [2011/06/0094](#)

Tir BauO; Untersagung der **Benutzung eines Gebäudeteils als Büroräumlichkeiten**; bauliche Zweckbestimmung ausschließlich als Produktionsraum auf die Unterbringung von Maschinen der Schmiedewerkstätte; die bloße Möglichkeit, dass die nunmehrige Verwendung des Gebäudeteils von Einfluss sein kann, begründet eine Baubewilligungspflicht; dass der geänderte Verwendungszweck einen solchen Einfluss haben kann, hat die belangte Behörde mit dem beispielsweise Hinweis auf die Festigkeit, den Brandschutz, die Sicherheit, die äußere Gestaltung, die gesundheitlichen Verhältnisse und die Technischen Bauvorschriften, schlüssig argumentiert

07.11.2013, [2012/06/0151](#)

Vbg BauG; Straferkenntnis aufgrund der **Nutzung einer Wohnung als Ferienwohnung**; die Schlüssigkeit der Erwägungen innerhalb der Beweiswürdigung unterliegt der Kontrollbefugnis des VwGH, nicht aber deren konkrete Richtigkeit

07.11.2013, [2012/06/0202](#)

Tir BauO; Auftrag zur Beseitigung eines konsenslos errichteten Zubaus; einem tragenden Aufhebungsgrund einer **kassatorischen Vorstellungsentscheidung** kommt **Bindungswirkung für das fortgesetzte Verfahren** zu, für weitere Ausführungen

rungen, wonach Argumente des Vorstellungswerbers unzutreffend seien, trifft dies nicht zu; tragender Aufhebungsgrund war ausschließlich die Erstreckung der Leistungsfrist, was voraussetzt, dass die Voraussetzungen zur Erteilung eines Beistellungsauftrages gegeben sind

07.11.2013, [2013/06/0162](#)

Ktn BauO; div Einwendungen der Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; betreffend die **Wasserversorgung im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben** kommt den Nachbarn **kein Nachbarrecht** zu

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[04.12.2013, Rs C-121/10, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Staatliche Beihilfen – Art 108 Abs 1 und 2 AEUV – Durch Ungarn gewährte **Beihilfe** für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen – **Befugnisse** des Rates der Europäischen Union – Bestehende Beihilferegulierung – Zweckdienliche **Maßnahmen** – Untrennbarkeit zweier Beihilferegulierungen – **Veränderte Umstände** – Außergewöhnliche Umstände – Wirtschaftskrise – Offensichtlicher **Beurteilungsfehler** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[04.12.2013, Rs C-118/10, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Staatliche Beihilfen – Art 108 Abs 1 und 2 AEUV – Durch die Republik Lettland gewährte **Beihilfe** für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen – **Befugnisse** des Rates der Europäischen Union – Bestehende Beihilferegulierung – Beitritt der Republik Lettland zur Europäischen Union – Vor dem Beitritt gewährte Beihilfe – Zweckdienliche **Maßnahmen** – Untrennbarkeit zweier Beihilferegulierungen – **Veränderte Umstände** – Außergewöhnliche Umstände – Wirtschaftskrise – Offensichtlicher **Beurteilungsfehler** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[04.12.2013, Rs C-117/10, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Staatliche Beihilfen – ex-Art 88 Abs 1 und 2 EG – Durch die Republik Polen gewährte Beihilfe für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen – **Befugnisse** des Rates der Europäischen Union – Bestehende Beihilferegulierungen – Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union – Vor dem Beitritt gewährte Beihilfe – Zweckdienliche **Maßnahmen** – Untrennbarkeit zweier Beihilferegulierungen – **Veränderte Umstände** – Außergewöhnliche Umstände – Wirtschaftskrise – Offensichtlicher **Beurteilungsfehler** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[04.12.2013, Rs C-111/10, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Staatliche Beihilfen – Art 108 Abs 1 und 2 AEUV – Durch die Republik Litauen gewährte Beihilfe für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen – **Befugnisse** des Rates der Europäischen Union – Bestehende Beihilferegulierungen – Zweckdienliche **Maßnahmen** – Untrennbarkeit zweier Beihilferegulierungen – **Veränderte Umstände** – Außergewöhnliche Umstände – Wirtschaftskrise – Offensichtlicher **Beurteilungsfehler** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[05.12.2013, verb Rs C-618/11, C-637/11 und C-659/11, TVI](#)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 11 Teil A Abs1 Buchst a, 2 Buchst a und 3 Buchst c – Richtlinie 2006/112/EG – Art 73, 78 Abs 1 Buchst a und 79 Abs 1 Buchst. c – **Besteuerungsgrundlage** für die Mehrwertsteuer, die für **Dienstleistungen** der Vorführung kommerzieller Werbung geschuldet wird – Abgabe auf die Vorführung kommerzieller Werbung

[05.12.2013, Rs C-561/12, Nordecon und Ramboll Eesti](#)

Öffentliche Aufträge – Verhandlungsverfahren mit **Veröffentlichung** einer Bekanntmachung – Für den öffentlichen Auftraggeber bestehende **Möglichkeit**, über Angebote zu verhandeln, die nicht den verbindlichen **Anforderungen** der in den Verdingungsunterlagen enthaltenen technischen **Spezifikationen** entsprechen

[05.12.2013, Rs C-514/12, Zentralbetriebsrat der gemeinnützigen Salzburger Landeskliniken Betriebs](#)

Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 1 – Nationale Regelung, wonach bei anderen Arbeitgebern als dem Land Salzburg zurückgelegte **Dienstzeiten** nur teilweise angerechnet werden – **Beschränkung** der Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Rechtfertigungsgründe – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Ziel der Bindung – **Verwaltungsvereinfachung** – Transparenz

[05.12.2013, Rs C-508/12, Vapenik](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EG) Nr 805/2004 – Europäischer Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen – Voraussetzungen für die Bestätigung einer **Entscheidung** als Vollstreckungstitel – Situation, in der die Entscheidung im Mitgliedstaat des **Gläubigers** in einem Rechtsstreit zwischen zwei nicht **berufs- oder gewerbebezogen** handelnden Personen ergangen ist

[05.12.2013, Rs C-413/12, Asociación de Consumidores Independientes de Castilla y León](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 93/13/EWG – Unterlassungsklage eines **regionalen Verbraucherschutzvereins** – Örtlich zuständiges Gericht – Keine Möglichkeit eines **Rechtsbehelfs** gegen eine erstinstanzliche Entscheidung, mit der die Zuständigkeit verneint wird – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – **Grundsätze der Äquivalenz** und der Effektivität

[05.12.2013, Rs C-166/12, Casta](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 11 Abs 2 des Anhangs VIII des **Beamtenstatuts** – Verordnungen (EWG, Euratom, EGKS) Nr 259/68 und (EG, Euratom) Nr 723/2004 – **Beamte der Union** – Im nationalen System erworbene Ruhegehaltsansprüche – Übertragung auf das **Versorgungssystem** der Union – Berechnungsmethode – Begriff ‚Kapitalwert der Ruhegehaltsansprüche‘

[05.12.2013, verb Rs C-159/12 bis C-161/12, Venturini](#)

Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Gesundheit der Bevölkerung – **Nationale Regelung**, nach der verschreibungspflichtige **Arzneimittel**, die vollständig **zulasten** des Käufers gehen, nicht in Apotheken verkauft werden dürfen

B. Schlussanträge

[05.12.2013, Rs C-571/12, Greencarrier Freight Services Latvia \(GA Mengozzi\)](#)

Zollunion – Zollkodex – Art 70, 78 und 221 der Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Überprüfung von **Zollanmeldungen** – Teilbeschau von Waren – Erstreckung der **Ergebnisse** der Überprüfung von Waren auf in anderen Anmeldungen enthaltene identische Waren – **Zulässigkeit** – Nachträgliche Prüfung – Unmöglichkeit, eine zusätzliche **Zollbeschau** zu fordern – **Verjährungsfrist** – Rechtssicherheit

[05.12.2013, Rs C-553/12 P, Commission / DEI \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – ex-Art 82 EG und 86 Abs 1 EG – Aufrechterhaltung der **Vorzugsrechte**, die Griechenland einem öffentlichen Unternehmen zur Erforschung und Ausbeutung von Braunkohlevorkommen gewährt hat – Aus der Ausübung dieser Rechte erwachsender **Wettbewerbsvorteil** auf dem Markt für die Lieferung von Braunkohle und auf dem Strommarkt für **Großkunden** – Ausdehnung der beherrschenden Stellung vom erstgenannten auf den zweitgenannten Markt – Verpflichtung der Kommission, ein missbräuchliches **Verhalten** des öffentlichen Unternehmens nachzuweisen

[05.12.2013, Rs C-539/12, Lock \(GA Bot\)](#)

Sozialpolitik – Arbeitszeitgestaltung – Mitarbeiter, der neben einem **Grundgehalt** monatliche Provisionen nach Maßgabe des erzielten **Umsatzes** und der Anzahl der geschlossenen Kaufverträge erhält – Anspruch auf **Zahlung** von Provisionen während des Jahresurlaubs

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

05.12.2013, Beschwerde Nr. [60104/08](#), *Sharifi / Österreich*

Keine Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung); **Ausweisung** und Zurückschicken des bf **afghanischen Staatsbürgers nach Griechenland nicht konventionswidrig**; Zuständigkeit Griechenlands zur Entscheidung über den Asylantrag des Bf als **erstes Land der Einreise in die EU** aufgrund der **Dublin-II-Verordnung**

05.12.2013, Beschwerde Nr. [52806/09](#), *Vilnes ua / Norwegen*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verabsäumung** der staatlichen Behörden, die als Tiefseetaucher angestellten Bf von Unternehmen der Erdölindustrie **hinreichend mit Informationen** über die **gesundheitlichen Risiken** des Tiefseetauchens **zu versorgen**, als **Verletzung** der aus Art 8 EMRK resultierenden **positiven Verpflichtungen** der Mitgliedstaaten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungs-strafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.